

17. März 2011 | Erste Beratung | Uwe Schwarz zu:

## **Pflegepakt Niedersachsen - Gute Pflege für alle - Wertvolle Pflege sichern**

- Antrag der Fraktion der SPD - [Drs. 16/3423](#)

### **Uwe Schwarz, SPD**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben uns in den vergangenen zwei Jahren sehr häufig mit dem Thema der Pflegeproblematik in Deutschland und auch in unserem Bundesland beschäftigt, zuletzt aufgrund eines Entschließungsantrages zum Thema Altenpflegeausbildung von uns im Januar und im Februar aufgrund eines Antrages der Kolleginnen und Kollegen von den Grünen. Herr Rösler will das Jahr 2011 zum Jahr der Pflege machen. Wir finden, dass das höchste Zeit ist; denn zwischenzeitlich ist die Pflege in Deutschland selbst zum Pflegefall geworden, und die Zeitbombe Pflegenotstand tickt immer schneller.

Dem Deutschen Institut für Wirtschaft zufolge fehlen bundesweit gegenwärtig 30 000 Stellen allein in der Altenpflege. Bis 2020 wird die Zahl der fehlenden Stellen auf 400 000 anwachsen. Umgerechnet auf Niedersachsen bedeutet das: Gegenwärtig fehlen bei uns 3 000 bis 4 000 Stellen in der Altenpflege, im Jahre 2020 werden es 40 000 sein. In neun Jahren werden also 40 000 Stellen in der Pflege in diesem Land nicht mehr besetzt sein. Das heißt, wir haben einen dramatischen Fachkräftemangel. Nach Aussagen des BPA fehlen allein bei ihm zurzeit 10 000 Fachkräfte, und wir haben deutlich zu wenig Nachwuchs. Diese Fakten werden von sämtlichen betroffenen Einrichtungen und von sämtlichen Wissenschaftlern bestätigt. Nur bei der Landesregierung sind sie offensichtlich noch nicht angekommen. Die Landesregierung beschwichtigt, vergibt Preise und verteilt vornehmlich zu Weihnachten Pflegepakete, die sie aus Kürzungen in der ambulanten Pflege refinanziert.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist unangemessen und verantwortungslos zugleich.  
(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Noch in der Debatte, die wir im Januar zu unserem Antrag geführt haben, haben CDU und FDP hier erklärt, es gebe keine Mängel an Ausbildungskräften, Probleme eigentlich Fehlannonce.

(Norbert Böhlke [CDU]: Das stimmt überhaupt nicht!)

- Doch, das stimmt! Das kann ich Ihnen gegebenenfalls vorlesen. Als Reaktion auf unseren heutigen Antrag trat allerdings eine erhebliche Betriebsamkeit im Sozialministerium ein. Frau Özkan schickte uns dicke Broschüren und erklärte dazu in rosaroten Farben: 5 600 Auszubildende, so viel Nachwuchs wie noch nie!

Meine Damen und Herren, dazu stelle ich fest: Erstens. Die aktuell gestiegenen Zahlen resultieren im Wesentlichen und nur kurzfristig aus den Bildungsgutscheinen der Bundesanstalt aufgrund des Konjunkturpaketes II; sonst sähen diese Zahlen ganz anders aus. Zweitens. Allein zur Deckung des gegenwärtigen Bedarfs fehlen immer noch fast 1 000 Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen. Angesichts des

zunehmenden Bedarfs der nächsten Jahre bis zum Ende dieses Jahrzehnts fehlen dann, wenn wir nicht dagegenhalten, nicht nur 1 000 Schülerinnen und Schüler, sondern 10 000 Schülerinnen und Schüler - innerhalb von neun Jahren. Meine Damen und Herren, ich finde, Sie sollten aufhören, die Ausbildungslücke in diesem Land zu verniedlichen.  
(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Ich will nur aktuell auf die Aussage des Bundesverteidigungsministers von heute Vormittag hinweisen, in der er klargemacht hat, dass die Entscheidung über die Wehrreform nicht vor Juli 2011 getroffen wird. Auch dies hat erhebliche Auswirkungen für die Angebote der Freiwilligendienste in unseren stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen. Ich finde, die Landesregierung ist aufgefordert, endlich Taten folgen zu lassen, die diesen Namen auch verdienen.

Ich will Ihnen dazu noch etwas sagen: Frau Özkan, Sie haben in einer Pressemitteilung dargelegt, dass Niedersachsen als erstes Bundesland das dritte Jahr der Umschulung finanziere. Das ist gut so. Dass das so gekommen ist, hat im Wesentlichen damit zu tun, dass die Opposition im Rahmen der Haushaltsberatungen darauf hingewiesen hat. Ihre Landesregierung hatte das im ursprünglichen Haushaltsplanentwurf gar nicht berücksichtigt. Aber was nutzt die Landesfinanzierung im dritten Ausbildungsjahr, wenn Frau von der Leyen im dritten Jahr die Arbeitslosenunterstützung verweigert und wenn unsere Berufsschulen die Umschulung nicht durchführen dürfen, weil sie als staatliche Altenpflegeschulen zwar agieren, aber sich an dieser Stelle zusätzlich zertifizieren lassen müssen. Dann, meine Damen und Herren, werden die gesamte Umschulung und auch das dritte gestützte Jahr dank Frau von der Leyen zum absoluten Rohrkreierer.  
(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Es muss endlich Schluss damit sein, dass die Ausbildung von Nachwuchs für Pflegeeinrichtungen zum Wettbewerbsnachteil wird. Es muss Schluss damit sein, dass die Hälfte aller jungen Menschen, die sich für den Pflegeberuf entscheiden, im Durchschnitt auch noch 160 Euro Schulgeld im Monat mitbringen müssen. Wir brauchen eine gerechte Verteilung der Kosten. Deshalb ist eine Altenpflegeumlagefinanzierung unumgänglich.

Wir begrüßen, dass neben den Wohlfahrtsverbänden zwischenzeitlich auch der BPA Niedersachsen Bereitschaft erklärt hat, auf diese Linie einzuschwenken. Meine Damen und Herren, alle Akteure haben hier klare Signale gegeben. Das einzige Signal, das noch fehlt, endlich die Position zu überdenken und eine neue einzunehmen, ist das von der Landesregierung. Wir erwarten von Ihnen eine klare, eindeutige, positive Positionierung zum Thema Altenpflegeumlage und zur Einführung der Schulgeldfreiheit, Frau Ministerin.  
(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Sie haben hier im Januar-Plenum für den März die überfällige Fortschreibung des Landespflegeplanes angekündigt und ein entsprechendes Papier vorlegen wollen. Es ist März-Plenum - aber die Vorlage fehlt. Ich sage Ihnen auch, warum: Weil Sie bei dieser Vorlage bestätigen müssten, dass bis zum Ende dieses Jahrzehnts in Niedersachsen 40 000 Fachkräfte fehlen, und weil Sie damit eingestehen müssten, dass die Landesregierung beim Thema Altenpflege in den letzten acht Jahren

komplett versagt hat.  
(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Niedersachsen ist mit großem Abstand Schlusslicht in der Finanzierung; ich habe das ein paar Mal gesagt. Wir bewegen uns auf den Basisdaten von 2007. Alle Bundesländer haben die gleiche Rechtsgrundlage. Wir in Niedersachsen haben umgerechnet einen Tagesschnitt von 80 Euro, der in den Einrichtungen gezahlt wird. Hessen und Baden-Württemberg liegen bei 93 Euro, Hamburg liegt bei 100 Euro, Nordrhein-Westfalen bei 104 Euro. Das sind 24 Euro Tagesdifferenz zu den anderen westlichen Bundesländern. Das liegt 17 % unter dem Bundesdurchschnitt. Demnach sind große Teile dieser Misere hausgemacht.  
(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Ich kann sie auch benennen. Da wird sich bei der Budgetberechnung auf ein BFG-Urteil zurückgezogen, das längst überholt ist. Da werden in Budgetverhandlungen Durchschnittswerte zugrunde gelegt, die untertarifliche Bezahlung fördern. Da wird eine landesweite Auslastung von 98 % vorausgesetzt, obwohl wir eine durchschnittliche Auslastung zwischen 80 und 89 % haben. Schon beim Abschluss dieser Budgetverhandlungen sind in den Einrichtungen, die keine Vollaustattung haben, die roten Zahlen vorprogrammiert. 16 Insolvenzen sind die Folge dieser Politik.

Meine Damen und Herren, in den vergangenen Wochen, gerade in der letzten, wurde in „Hallo Niedersachsen“ sehr massiv auf die Situation der Pflege in Niedersachsen hingewiesen. Diese Situation, diese dramatische Unterdeckung hätte es hier nie geben dürfen. Das hätte verhindert werden können, wenn das Sozialministerium und die jeweiligen Spitzen endlich ihre Fach- und Rechtsaufsicht wahrgenommen hätten, meine Damen und Herren.  
(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Das Ergebnis ist: Trotz aller Imagekampagnen sind Attraktivität, Akzeptanz und Wertschätzung des Pflegeberufs weiter deutlich gesunken. Nun bekommen wir zusätzlich das Thema „Billige Kräfte aus Osteuropa“. Ich will das hier klar sagen: Erstens. Wir brauchen kontrollierte Zuwanderung. Zweitens. Wir brauchen eine schnellere Anerkennung vergleichbarer Abschlüsse, um den Mangel an Fachkräften bei uns zu mildern. Insofern begrüßen wir die europäische Freizügigkeit. Aber 45 Euro Tagessatz plus Kost und Zimmer für eine 24Stunden-Pflege bei vertraglich zwei Stunden zugesicherter Freizeit für die Pflegekraft bedeuten einen Stundenlohn von 2 Euro. Meine Damen und Herren, das sind wirklich Formen der modernen Sklaverei und der Ausbeutung. Sie sind sittenwidrig.  
(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Sie machen darüber hinaus den deutschen Pflegemarkt endgültig kaputt. Sorgen Sie bitte dafür, dass die Arbeitskräfte, die wir bekommen und die wir hier auch haben wollen, zu den gleichen Bedingungen und zu den gleichen Löhnen hier arbeiten und bezahlt werden, wie es auch für unsere Kräfte gilt! Geben Sie endlich Ihren Widerstand gegen Mindestlöhne auf! Ansonsten sorgen Sie auch an dieser Stelle dafür, dass die Wertschätzung in der Pflegebranche immer weiter einbricht und immer weniger Menschen bereit sind, dort tätig zu werden, meine Damen und Herren.  
(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Frau Özkan, Sie haben im Januar darauf hingewiesen, dass am 4. April die Pflegekonferenz stattfindet. Wir fordern Sie mit unserem Antrag auf: Nehmen Sie die Inhalte unseres Antrages, gehen Sie damit in die Pflegekonferenz und schließen Sie wirklich einen Pakt der Vernunft! Diese Landesregierung schließt sehr viele Pakte und Zukunftsverträge. Es wird höchste Zeit, ein Pflegepaket mit Pflegedienstleistern, Pflegekassen und kommunalen Spitzenverbänden abzuschließen. Sie können damit einen riesigen Schritt nach vorn machen. Aber kommen Sie nicht wieder mit einer Mogelpackung, so wie es Ihre Vorgängerinnen und Vorgänger praktiziert haben. Dann ist der Pflegenotstand in Niedersachsen in der Tat nicht mehr abzuwenden, meine Damen und Herren.  
(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)